

isoliert wirkt und dessen argumentativer Zusammenhang mit dem Gesamtkonzept sich dem Leser nur schwer erschließt.

Im Abschlusskapitel VI schließt G. den Kreis der „kollektiven Biografie“, indem er den Werdegang, aber vor allem die Kommunikation der Geografen Ostmitteleuropas in der Zwischenkriegszeit und ihre endgültige Entfremdung von den deutschen Einflüssen beschreibt. In „Abschiede“ erfährt der Leser, dass sich die Schicksale der Wissenschaftler allzu oft in den Wirren von Krieg und Besatzung erfüllten. Am Schluss formuliert der Vf. im Unterkapitel „Dienst“, gleichsam als eine Art Zusammenfassung, die „Idee des Dienstes für das Vaterland“ (S. 265) als Quintessenz des Ethos dieser Generation von Geografen, der sie in ihrer Befähigung und ihren Leistungen ausweist.

„Vaterlandszeichner“ ist ein durchweg gut lesbares Buch, das wissenschaftlichen und publizistischen Ansprüchen voll gerecht wird. Es zeichnet ein anschauliches Bild von der Entwicklung der Geografie in einem für das Fach entscheidenden Zeitraum und vermittelt gleichzeitig tiefe Einblicke in das Zustandekommen der territorialen Konfiguration der sogenannten „Nachfolgestaaten“ nach dem Ersten Weltkrieg. Der Vf. lädt mit seiner Studie zum Begreifen einer Epoche ein, in der Wissenschaft und Politik ein ganz besonderes Verhältnis eingegangen sind.

G. belegt die Positionen der Wissenschaftler mit ausführlichen wörtlichen Zitaten; sein Werk bietet reichlich Kartenmaterial und ist mit einem Personen- und geografischen Register versehen.

Rostock – Toruń

Ralph Schattkowsky

**Silvia Bolliger: Im Zeichen der Nationalisierung.** Die Haltung der Universität Zürich gegenüber ausländischen Studierenden in der Zwischenkriegszeit. (Zürcher Beiträge zur Geschichtswissenschaft, NF, Bd. 11.) Böhlau-Verlag. Köln u. a. 2019. 375 S., Ill. ISBN 978-3-412-51498-3. (€ 60,-)

In ihrer Zürcher Dissertation von 2017 geht Silvia Bolliger der Frage nach, wie sich zwischen den beiden Weltkriegen die Lage für die jüdischen ausländischen Studierenden an der Universität Zürich entwickelte. Im Mittelpunkt stehen die drei größten Gruppen, die aus Deutschland, Polen und den USA nach Zürich kamen. Die Vf. hat dazu die Unterlagen unterschiedlicher beteiligter Stellen ausgewertet, von den Kultus- und Universitätsbehörden bis hin zum Organ der Studentenschaft *Zürcher Student*.

Die Haltung gegenüber ausländischen Studierenden war abhängig von der Schweizer Ausländerpolitik und von Bestrebungen, den heimischen Arbeitsmarkt abzuschotten. Hatte der Ausländeranteil 1914 noch 47 Prozent und fünf Jahre danach 21 Prozent betragen, so war er wiederum zwei Jahrzehnte später auf 9 Prozent gesunken. Der jüdische Anteil daran war erheblich, gerade von 1933 an.

Die Beliebtheit des Studienorts bei Osteuropäern und die traditionell engen Beziehungen zu Studierenden aus Russland setzten sich nach 1918 unter jenen fort, die aus Polen an die Zürcher Universität strebten. Sie waren überaus mobil und hatten gewöhnlich bereits an mindestens einer anderen Universität studiert: in Lemberg oder Warschau, aber auch an einer Hochschule in Deutschland, Österreich oder andernorts in der Schweiz. Auch unter den Promovierten waren jüdische Osteuropäer stark vertreten. Einer von ihnen war der Jurist und Journalist Benjamin Sagalowitz (1901–1970), der von 1938 an für den Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund dessen Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit und Pressewesen leitete und Nachrichten über die zunehmende Entrechtung und Ermordung der Juden im nationalsozialistischen Machtbereich sammelte.

In den 1930er Jahren waren die Ostjuden einer „buchstäbliche(n) Vertreibung“ (S. 81) von den Universitäten in Prag und Wien ausgesetzt. Im Frühjahr 1938 kamen von dort die meisten derjenigen, die als Studierende aus Polen immatrikuliert wurden. Jene, die zunächst in ihr Heimatland zurückgegangen waren, standen bei ihren Anstrengungen, ihr

Studium alsbald zu Ende zu führen, vor schier unüberwindlichen Problemen. Die Universität Zürich stellte für sie „eine der letzten Ausweichmöglichkeiten“ dar (S. 104).

Die Schweizer Fremdenpolizei hatte bei der Steuerung der „Fremdenplage“ (S. 184) und der Linderung der Wohnungsnot mitzuwirken und somit über die Zulassung mit zu entscheiden. Nach dem Ersten Weltkrieg trafen ausländische Studierende trotz des deutlichen Rückgangs ihres Anteils auf einen „Überfremdungsdiskurs“, der mit einer „Ausgrenzung von Fremden“ einherging, „zu denen immer mehr auch Juden gezählt wurden“ (S. 95). An der Universität ging die Sorge um eine „Überfüllung“ der akademischen Berufe“ um (S. 154). Solange der Lehrbetrieb nicht ausgelastet war, zeigte das Rektorat noch großes Interesse an der Zulassung von „Polen, Lettländern und Litauern (meistens Juden)“ (S. 190). Ohnehin waren „Studierende aus den europäischen Oststaaten“ seit 1920 verpflichtet, bei ihrer Zulassung ausreichende Finanzmittel nachzuweisen. Aber nicht nur solche aus Osteuropa betraf der um sich greifende „diskrete Antisemitismus“ (S. 325), sondern auch Medizinstudenten aus den USA, deren Eltern dorthin ausgewandert waren. Sie hatten feststellen müssen, dass ihren Kindern an den amerikanischen Universitäten Hindernisse in den Weg gelegt wurden; bis 1932 nutzten sie den Umweg über Zürich, ehe die New Yorker Gesundheitsbehörden entschieden, den Abschluss in der Schweiz nicht mehr anzuerkennen. So standen die Jahre von 1930 bis 1933 unter dem Zeichen einer „Verschärfung der Aufnahmepraxis wegen amerikanischer und deutscher Juden“ (S. 134).

1933 ging man dazu über, bei der Einschreibung die Konfessionszugehörigkeit abzufragen. Die politische Entwicklung im Nachbarland zeitigte noch andere Folgen: In den Jahren danach wurde auch an der Universität die Bereitschaft zur Landesverteidigung propagiert, die – angesichts der sprachlich-kulturellen Vielfalt im Land – eine Stärkung der „schweizerischen Volksgemeinschaft“ notwendig machte (S. 159, 255). Gemeinschaftsstiftende Kundgebungen richteten sich nun aber weniger gegen die Flüchtlinge aus dem Deutschen Reich als vielmehr gegen die „einsatzbereiten deutschen Studenten“ aus dem Nachbarland, die im Sinne Adolf Hitlers agitierten (S. 313).

Am Ende schlug sich die „Nationalisierungstendenz“ nicht nur in einer Bevorzugung der Inländer nieder, sondern auch in einer geringeren Wertschätzung des Frauenstudiums und wachsender Distanz zu den – „Emigranten“ genannten – jüdischen Deutschen und den (nichtjüdischen) Reichsdeutschen. Ende 1938 war die Sorge vor einer „Judeninvasion“ (S. 205) groß. Ein Jahr später erreichten die Studierendenzahlen in der Schweiz einen neuen Höchststand, während der Anteil der ausländischen Studierenden geringer war denn je.

Der Zürcher „diskrete Antisemitismus“ äußerte sich damals in einer eigentümlichen Begrifflichkeit, wenn „Ersatzworte für diese [jüdische] Ausländergruppe“ verwendet wurden, aber auch durch Übernahmen aus „der deutschen Rassenterminologie“; das vermeintliche „Judenproblem“ findet sich „als ‚Ausländerproblem‘ kaschiert“, um Gleichbehandlung und Liberalität vorzutäuschen (S. 221 f.).

B.s überzeugende und handwerklich sehr solide Studie bietet einen wichtigen Beitrag zur Geschichte der ersten von einem demokratischen Staatswesen ins Leben gerufenen Universität (im Jahr 1833). Nun wäre es an der Zeit, ähnliche Untersuchungen für weitere Hochschulen durchzuführen. Was hier freilich fehlt, ist der Blickwinkel der Betroffenen auf ihre Studienzeit in Zürich. Daher käme es darauf an, die Ebene der individuellen Erfahrung zumindest ansatzweise einzubeziehen, selbst wenn sie sich erst über schwierige personengeschichtliche Nachforschungen ermitteln ließe. Wie die Vf. kritisch anmerkt, war es für sie „eine Herausforderung, für Polen genügend Sekundärliteratur zu finden“, und sie moniert zu Recht „die mangelnde Aufarbeitung des Umgangs mit Juden und Frauen in der polnischen Geschichtsschreibung“ (S. 331). Die Suche nach Namen und Orten ist dadurch erschwert, dass Autorin und Verlag auf Register leider verzichtet haben.

Marburg

Klaus-Peter Friedrich